

3808/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helene Partik - Pablé und Genossen haben am 26. März 1998 unter der Nr. 3968/J - NR/1998 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Laserpointer" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihnen bekannt, daß Laserpointer problemlos im österreichischen Handel erhältlich sind und diese gesundheitliche Schädigungen erzeugen können?
2. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die österreichische Bevölkerung vor den gefährlichen Spielzeug - Laserpointern zu schützen?
3. Finden Sie ein gesetzliches Verbot aufgrund des oben geschilderten Sachverhaltes für sinnvoll?
4. Werden Sie sich für eine ähnliche Vorgangsweise wie in Großbritannien einsetzen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

zu Frage 1 - 4:

Bei Laserpointer handelt es sich nicht um Gegenstände, die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, die Angriffs - oder Abwehrfähigkeit von Menschen durch unmittelbare Einwirkung zu beseitigen oder herabzusetzen; sie fallen daher auch nicht unter den



im § 1 Waffengesetz 1996 festgelegten Waffenbegriff. Das Waffengesetz stellt somit nicht die zutreffende Gesetzesmaterie dar, um für diese allenfalls als Gebrauchsgegenstände zu klassifizierenden Geräte besondere Regelungen zu treffen.